



Die Ampel steht auf GRÜN

Tätigkeitsbericht der Landesgruppe

2022



Vorwort

Liebe Leser:innen,

vor einem Jahr haben wir gemeinsam mit SPD und FDP in „der Ampel“ die Arbeit aufgenommen. Damit sind wir nach 16 Jahren endlich wieder Teil einer Bundesregierung. Unser Ziel ist es, den 16-jährigen Stillstand zu beenden und unser Land endlich voranzubringen. Dafür streiten und kämpfen wir jeden Tag: für die so wichtigen Veränderungen im Klimaschutz, bei den Erneuerbaren Energien, beim Artenschutz, für eine sozial-ökologische Transformation, gegen Hass, Hetze, Diskriminierung und Rassismus und für eine wertebasierte und feministische Außenpolitik. Mit sozialerer Politik, die auf inklusive Strukturen setzt, wollen wir die Ungleichheit bekämpfen und den Zusammenhalt stärken.

Der grausame Krieg Russlands gegen die Ukraine ist auch ein Angriff auf unsere europäische Friedens- und die internationale Sicherheitsordnung. Als Teil der GRÜNEN Bundestagsfraktion sind wir uns unserer Verantwortung in solch schweren Zeiten bewusst und nehmen die politischen Herausforderungen, die auch das parlamentarische Jahr geprägt haben, an. Das heißt gerade für uns GRÜNE, auch unbequeme und schwierige Entscheidungen zu treffen. Gerade jetzt beweist sich, wie wichtig eine ambitionierte GRÜNE Politik ist. Der Angriffskrieg Putins, die

fortdauernde Corona-Krise und die Klimakrise legen schonungslos offen, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden. Die Lösung kann nur in einer dekarbonisierten, sozial-ökologischen und wertebasierten Politik liegen.

In beschleunigten Verfahren haben wir viele Gesetze beraten und Veränderung auf den Weg gebracht, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Mit den Entlastungspaketen, Soforthilfen sowie der Gas- und Strompreislösung geben wir den Menschen in diesen unwägbaren Zeiten ein Stück finanzielle Sicherheit zurück. Unser Ziel muss sein, dieses Land und seine Menschen über den Winter und weit darüber hinaus zu bringen.

Als rheinland-pfälzische Landesgruppe und GRÜNE Bundestagsfraktion konnten wir gemeinsam in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in diesem Jahr große Erfolge erzielen und zentrale Ziele unseres Koalitionsvertrags angehen. Das größte Ausbaupaket für Erneuerbare, die Sicherung der Energieversorgung, das 49-Euro-Ticket, die Reformen bei Bürger:innen- und Wohngeld und die konsequente Unterstützung der Ukraine sind tolle Meilensteine. Jetzt heißt es, in großen Schritten weiter zu gehen!



Tabea Rößner



Tobias Lindner



Corinna Rüffer



Armin Grau



Misbah Khan

2022

2

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN





Tabeas Tätigkeitsbericht

Vorsitz des Digitalausschusses

Als Mitglied einer Koalitionsfraktion und Vorsitzende des Digitalausschusses bin ich in einen noch intensiveren Arbeitsalltag gestartet. Neu und nicht immer einfach sind nun auch die vielen Abstimmungen in der Ampel wie Jour fixe und Ministerfrühstücke. Viel Freude macht mir die Leitung des Digitalausschusses, der mit dieser Legislatur an Gewicht gewonnen und bereits viele wichtige Themen bearbeitet hat wie Angriffe auf die Kommunikationsinfrastruktur der Bahn u.a. Insgesamt haben Gespräche, Presseanfragen und Podien zu verschiedensten Themen von Cybersicherheit über Verwaltungsdigitalisierung bis hin zum digitalen Existenzminimum deutlich zugenommen.

Einer meiner Schwerpunkte ist der Meinungsbildungsprozess im Netz. Mit dem Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie unerlässlich unabhängige Medien für die Demokratie sind. Desinformation und Hasskriminalität gehören zu den großen Herausforderungen unserer Zeit und stören den demokratischen Diskurs. Auf EU-Ebene sind mehrere Instrumente geschaffen worden, gegen illegale Inhalte im Netz vorzugehen (DSA, DMA und der noch ausstehende Media Freedom Act). Im Zuge der Umsetzung des DSA (Digitale Dienste-Gesetz) wird es effektive Aufsichtsstrukturen bedürfen. Hierzu habe ich Fachgespräche organisiert und einen Gastbeitrag in der FAZ veröffentlicht. Dabei ist entscheidend, eine staatsferne wie

effiziente Aufsicht mit fachlicher Expertise aufzubauen und sie finanziell so auszustatten, dass sie gegen illegale Inhalte wirksam vorgehen kann. Den Gesetzgebungsprozess werde ich eng begleiten. Auf dem Kongress „Strategien gegen Verschwörungsideologien und Desinformation“ der Bundestagsfraktion habe ich in meinem Workshop mit Gästen darüber diskutiert, wie der Diskurs im Netz zwischen der Regulierung von Desinformation und der Meinungsfreiheit ausbalanciert werden kann.

Recht auf schnelles Internet und Gigabitausbau

Endlich ist das Recht auf schnelles Internet da! Seit ich im Bundestag bin, habe ich dafür gekämpft und freue mich, diesen Rechtsanspruch mit umzusetzen. Die Telekommunikationsmindestversorgungsverordnung (was ein Wort 🗨️), die wir beschlossen haben, sieht zunächst einen Mindestanspruch von 10 Mbit/s vor. Das klingt wenig, kann aber überschritten werden, denn es ist ja nur die Bandbreite, die mindestens zur Verfügung stehen muss. Wir haben die Bundesnetzagentur aufgefordert, für die Überarbeitung der Verordnung 2023 für eine bessere Datengrundlage zu sorgen. Weitere Studien wie zu Mehrpersonenhaushalten sind beauftragt. Denn Familien nutzen ihre Anschlüsse für Home Office, Gaming oder Serienschauen parallel, das muss berücksichtigt werden. Der Rechtsanspruch stärkt Verbraucher:innen wie auch das neue Telekommuni-

kationsgesetz, mit dem Zahlungen gemindert werden können, wenn sie die zugesicherte Geschwindigkeit nicht bekommen.



Besuch bei der Verlegung von Glasfaserkabeln

Endlich investieren wir auch in Glasfaser statt in Kupfer. Nachdem die Vorgängerregierungen viel Zeit verplempert haben, nimmt der Gigabitausbau nun Fahrt auf. Unser Ziel: 2030 flächendeckend Glasfaser. Neben dem eigenwirtschaftlichen Ausbau gibt es eine Bundesförderung, aus der knapp drei Milliarden Euro bereits ausgezahlt wurden. In den Haushaltsberatungen haben wir die Fördersumme auf über vier Mrd. Euro für die nächsten Jahre erhöht. Glasfaser ist nicht nur wichtig für gesellschaftliche Teilhabe, sie ist auch die energiesparendste Netztechnologie.

Nachhaltig by design - für ein digitales Klimagesetz!

Vor zehn Jahren habe ich in der Enquete „Internet und digitale Gesellschaft“ Empfehlungen für Green (durch) IT erarbeitet. Seitdem ist wenig passiert. In den Koalitionsvertrag konnten wir ein Kapitel zu digitaler Nachhaltigkeit reinverhandeln. Der Gesetzentwurf zu Rechenzentren, die bis 2027 klimaneutral sein sollen, liegt vor. Im Digitalausschuss hatten wir eine Anhörung, und bei Bits & Bäume habe ich drei Podien dazu bestritten.

Mit anderen Abgeordneten lege ich in einem Autor:innenpapier den Handlungsbedarf in den verschiedenen Sektoren wie Stadtplanung, Verkehr, Energie oder Bau dar. Wir brauchen ein digitales Nachhaltigkeitsgesetz, in dem wir Maßnahmen zu Green IT wie auch Einsparungsstrategien durch die Nutzung von IT bündeln. Diese Ideen diskutieren wir zurzeit mit Stakeholdern und am 10. März 2023 mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft auf dem Fraktionskongress „Nachhaltig by design: Für eine klimaneutrale digitale Zukunft“, den ich initiiert habe.

Recht auf Reparatur und digitaler Verbraucherschutz

Auch im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz bearbeite ich nachhaltigen und digitalen Verbraucherschutz. Nachdem ich das Recht auf Reparatur als *die* verbraucherpolitische Initiative erst ins Wahlprogramm, dann in den Koalitionsvertrag gebracht habe, ist die Umsetzung mühsam. Die Koalitionspartner warten auf Vorgaben aus Brüssel, aber die EU-Kommission hat das Projekt vertagt. Ich hoffe, das Aufgeschoben nicht Aufgehoben bedeutet, deshalb müssen wir Druck machen, damit das Recht auf Reparatur noch vor der Europawahl kommt. Das war bei meiner Brüsselreise im November mein zentrales Anliegen. Wir wollen, dass die Hersteller langlebige Produkte gestalten und so nicht nur den Planeten, sondern auch den Geldbeutel der Verbraucher:innen schützen. Im Austausch mit Expert:innen arbeite ich an Lösungen, die gut umsetzbar und mehrheitsfähig sind.



© Jörg Fahys und Anja...

DsiN-Jahreskongress 2022 "Cyberresilienz für Demokratie & Sicherheit im 21. Jahrhundert".

Der digitale Verbraucherschutz gewinnt an Bedeutung, da sich immer mehr ins Digitale verlagert. Ein großer Erfolg ist der Kündigungsbutton, den wir entwickelt haben und mit dem Verbraucher:innen Verträge online einfacher kündigen können. Wir wollen auch einen Widerruf-Button etablieren, weil viele Menschen in Kostenfallen tappen. Zudem gilt es, gegen Irreführungen und illegale Geschäftspraktiken konsequent vorzugehen.

Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks

Selten hat die Medienpolitik so viel Aufmerksamkeit erfahren wie aktuell. Nach den Skandalen um die geschasste Intendantin des RBB und Vorwürfen der politischen Einflussnahme auf die Berichterstattung beim NDR wird breit über die notwendigen Reformen diskutiert. Und da ich auf Bundesebene zu den profiliertesten Medienexpert:innen zähle, kann ich mich vor Podienanfragen kaum retten.

Wir brauchen angesichts von Desinformationskampagnen einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der staatsfern organisiert und hohen journalistischen Standards verpflichtet ist, mehr denn je. Aber wir müssen ihn fit für die Zukunft machen. Aufbauend auf meine „10 Thesen zur Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien“ vor einigen Jahren habe ich verschiedene Ideen in die Diskussion eingebracht. Im Fachmagazin epd Medien habe ich mit dem Medienrechtler Karl-E. Hain Vorschläge für die Reform der Gremien gemacht. In der FAZ konnten wir einen Gastbeitrag veröffentlichen, der einen Weg aufzeigt, wie man die verkrusteten Strukturen der Medienpolitik aufbrechen und mit Expertenkommission und Publikumsrat den Reformstau beheben kann. Es scheint, Bewegung in die Sache zu kommen: Unsere Ideen werden inzwischen in der Medienpolitik breit diskutiert.

Engagiert für Rheinland-Pfalz

Auch die Kulturpolitik liegt mir am Herzen. Daher freut es mich, dass ich nach einem Besuch der Isenburg bei Neuwied mein Versprechen gegenüber den Ehrenamtlichen einlösen und eine Bundesförderung zum Erhalt der Burgruine erreichen konnte. Hier zeigen sich neue Gestaltungsräume als Regierungspartei. Es sind nicht nur die großen politischen Linien, sondern ganz konkrete Projekte vor Ort, die wir nun anstoßen können. Zum Beispiel habe ich die

Wörrstädter Grünen bei ihrem Anliegen des energetischen Umbaus einer Abwasserkläranlage unterstützt, so dass die ersten Hürden für eine Förderung durch das BMWK genommen werden konnten.

Zum Regieren gehört auch, die eigene Politik zu erklären – gerade in der aktuellen Lage. So informierte ich mit den Grünen Südwestpfalz Bürger:innen zur Energiekrise und Entlastungspaketen.



Auch der Verkehr bleibt ein großes Thema. Straßenbauprojekte wie B8 oder A643 gehören auf den Prüfstand. Da werden wir uns weiter mit der FDP reiben. Die B266 im Ahrtal darf nicht wieder 4-spurig aufgebaut werden und den Fluss in ein enges Bett zwingen. Es braucht eine nachhaltige Verkehrspolitik! Eine weitere Baustelle ist der Netzausbau. Beim Besuch eines Bauernhofs in Altenkirchen konnte ich sehen, was Digitalisierung in der Landwirtschaft leisten kann. Gleichzeitig fehlt es auf dem Land an schnellem Internet. Die Umsetzung der Gigabitstrategie ist daher dringlich.

Last but not least: Mit vielen Engagierten konnte ich über 60 PCs und Laptops für die Ukraine sammeln. Die sind nun in Unis, Schulen und Krankenhäusern im Einsatz. Das zeigt, welches Potenzial vermeintliche Altgeräte haben und wie sinnvoll ihre Weiterverwendung ist.

Tabea Rößner



Kontakt

tabea.roessner@bundestag.de
tabea.roessner.wk@bundestag.de
Berlin: 030 22771697
Mainz: 06131 8924395



Tobias Tätigkeitsbericht

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein Jahr im Auswärtigen Amt. Ein Jahr reisen, reisen, reisen. Ein Jahr mit Krisen als neuem Normalzustand. Vor etwas über einem Jahr haben wir Grüne auch im Bund Regierungsverantwortung übernommen - und es begann turbulent. Neben einer angespannten Pandemielage mussten wir uns sofort mit weiteren verheerenden Krisen befassen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist für Deutschland und Europa eine Zeitenwende. Allerdings hat Putin nicht mit der Geschlossenheit der Ukraine und des Westens sowie großen Teilen der Welt gerechnet. Diese Geschlossenheit aufrecht zu erhalten und zu erweitern, hat im vergangenen Jahr einen großen Teil meiner Arbeit ausgemacht und sich wie ein roter Faden durch meinen Alltag gezogen.

In diesem Zusammenhang durfte ich bereits im Februar, einen Tag vor Beginn der russischen Invasion, vor der VN-Generalversammlung in New York zur Ukraine sprechen. Dort habe ich in meiner Rede deutlich gemacht, dass ein völkerrechtswidriger Angriff Russlands auf die Ukraine einen empfindlichen Schlag gegen die regelbasierte internationale Ordnung darstellt und damit Kernprinzipien der UN-Charta verletzt. Um dem effektiv entgegenzuwirken, müssen wir auch unsere Bündnisse stärken. Im Juli habe ich daher die deutschen Ratifikationsurkunden über den NATO-Beitritt von Schweden und Finnland in Washington D.C. persönlich hinterlegt.

Ich bin davon überzeugt, dass – sobald der Ratifikationsprozess abgeschlossen ist – die demokratische Mitte der nordatlantischen Allianz durch die Mitgliedschaft von Finnland und Schweden gestärkt wird.

Meine erste Reise als Staatsminister nach Asien brachte mich zum Raisina-Dialog nach Neu Delhi. Diese Konferenz ist die wichtigste sicherheitspolitische Tagung Südasiens. Während der Konferenz haben wir eine Vielzahl außenpolitischer Themen – sowohl im regionalen Kontext als auch in unseren



Raisina-Dialog in Neu Delhi

© Auswärtiges Amt

Beziehungen zu Indien - besprochen. Auch hier habe ich deutlich gemacht: Die Antwort auf den eklatanten russischen Völkerrechtsbruch muss es sein, die internationale Zusammenarbeit weiter zu fördern und die Vereinten Nationen zu stärken.

Während meines Besuchs in Südkorea, Malaysia und dem Shangri-La-Dialog in Singapur stand die Korrelation zwischen Klima und Sicherheit im Fokus. Weitere Themen waren der Ausbau unserer Partnerschaften, die Diversifizierung unserer Lieferketten, und die geopolitische Lage Europas.

Unterstützung für die Menschen in Syrien

Der russische Angriff auf die Ukraine darf nicht dazu führen, dass wir andere Krisen auf unserem Planeten vergessen: Seit elf Jahren leiden die Menschen in Syrien nun bereits unter dem Krieg. Um die 500.000 Personen sind gestorben, über 15 Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Deswegen habe ich am 10. Mai an der IV. Brüsseler Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region teilgenommen. Dort wurde sichergestellt, dass diese Menschen in der Region weiterhin unsere Unterstützung und unsere Aufmerksamkeit haben. Es freut mich, dass ich für die Bundesregierung in Brüssel erneut einen substanziellen Beitrag zu humanitärer Hilfe zusetzen konnte.

Feministische Außenpolitik - Rechte, Ressourcen und Repräsentation

Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung auch erstmals zu einer feministischen Außenpolitik bekannt. Im Frühjahr wird das Auswärtige Amt entsprechende Leitlinien für unsere Arbeit veröffentlichen.



VN - Generalversammlung, Rede zur Ukraine

Durch unsere Grüne Handschrift wird die Gleichstellung der Geschlechter nun noch stärker in unsere Arbeit einbezogen. Wir haben uns der Formel „3 R+D“ verpflichtet: die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen stärken, sie mit den notwendigen Ressourcen ausstatten und ihre Repräsentation sicherstellen. Zudem fördern wir die Diversität.

Rechte und Selbstbestimmung von Frauen - Abschaffung §219a

Auch innenpolitisch haben wir sichtbare Fortschritte erzielen können. Eine der großen Errungenschaften des Jahres ist die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB. Die Streichung war notwendig und überfällig, denn Ärztinnen und Ärzte sind von Berufs wegen zur Aufklärung und Weitergabe von Informationen zu zulässigen medizinischen Behandlungen, zu denen auch Schwangerschaftsabbrüche gehören, verpflichtet. Mit der Streichung des Paragraphen 219a StGB ist Rechtssicherheit geschaffen und Schluss mit der Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Ärztinnen und Ärzten und den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen stellt eine wichtige Grundlage für eine gute und selbstbestimmte Gesundheitsversorgung von Frauen dar. Das ist eine unserer Zeit angemessene Gesellschaftspolitik, die wir als Ampel umsetzen.

Innovation bei erneuerbaren Energien

Zum Ende eines bewegten Jahres reiste ich im November in die Golfregion. Neben meiner Teilnahme am wichtigsten regional- und sicherheitspolitischen Forum der Golfregion, dem IISS Manama Dialogue in Bahrain, besuchte ich auch den Oman und Kuwait. Themen der Reise waren der Ausbau unserer bilateralen Beziehungen und vor allem mögliche Kooperationen im Bereich der Erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang hat mich der Besuch des Campus der German University (GU) Tech Oman besonders fasziniert. Dort habe ich das größte 3D-gedruckte Gebäude der Welt und das nachhaltig gebaute Ökohaus besichtigt. In Kuwait wurden kurz vor meinem Besuch erstmals seit 2017 wieder sieben Todesurteile vollstreckt. In einem Gespräch mit dem dortigen Außenminister habe ich mich daher klar und deutlich für die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen.

Das erste Jahr der Ampel im Bund

Das erste Jahr nach der Wahl und Regierungsbildung im Bund brachte einige Änderungen mit sich. Neben dem Umzug meines Wahlkreisbüros fanden etliche Antrittsbesuche bei Kreis- und Stadtvorständen statt. Dabei stand der Austausch über die aktuelle Situation vor Ort und geplante Vorhaben und Projekte im Vordergrund. Zahlreiche Einblicke in derzeitige Probleme für kommunale Handlungsfelder konnte ich unter neuer Perspektive erlangen. Ebenso war starkes Interesse an den Vorhaben der Bundesregierung vorhanden. Besonders die geplante Nationale Sicherheitsstrategie und deren Auswirkungen für die Kommunen standen dabei im Fokus.



Grünen Südwestpfalz - Perspektiven und Herausforderungen einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung

Außenpolitik vor Ort

Doch nicht nur international dominierte der militärische Überfall Russlands auf die Ukraine meine Arbeit. Auch bei Gesprächen, Veranstaltungen und Besuchen in Rheinland-Pfalz war dieses Thema in all seinen unterschiedlichen Facetten omnipräsent. Bei zahlreichen Veranstaltungen konnte ich gemeinsam mit Euch vor Ort über die Bedeutung der Zeitwende für die regelbasierte internationale Ordnung und die Auswirkungen des Angriffskriegs gegen die Ukraine auf unser alltägliches Leben sprechen.

Ein bedeutendes Thema, das in den Gesprächen immer wieder aufkam, war auch die Energiesicherheit und die gestiegenen Kosten. Mit zahlreichen Maßnahmen haben wir im Bund dafür gesorgt, dass die Energieversorgung sichergestellt ist, die Preise begrenzt bleiben und gleichzeitig massiv der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben wird. Bei Besuchen von Stadtwerken und Forschungsanlagen konnte ich mir ein Bild über die

Umsetzung machen und im Austausch weitere wichtige Impulse mitnehmen.

Besonders beeindruckt hat mich die tatkräftige Hilfsbereitschaft unzähliger ehren- und hauptamtlicher Helfer*innen gegenüber den Menschen, die aus der Ukraine zu uns flüchten mussten. Viele haben ihre Kraft und ihre Freizeit investiert, um die angekommenen Personen so gut es geht zu unterstützen. Sowohl bei Aufnahmeeinrichtungen als auch bei Hilfsorganisationen konnte ich mir einen Eindruck über die Umsetzung vor Ort verschaffen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Speziell für die zahlreichen Grenzregionen in unserem Bundesland ergeben sich daraus vielfältige Herausforderungen. Bei Gesprächen mit dem Oberrheinrat und dem Eurodistrikt PAMINA haben wir uns über Verbesserungsmöglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei Mobilität, Katastrophenhilfe, Rettungswesen und Feuerwehren sowie über aktuelle Initiativen und Möglichkeiten der Unterstützung ausgetauscht.



Oberbürgermeisterwahlkampf Landau

Tobias Lindner



Kontakt

tobias.lindner@bundestag.de
tobias.lindner.wk@bundestag.de
Berlin: 030 22779027
Landau: 06341 9959 233

2022

8





Corinnas Tätigkeitsbericht

Als ich vor etwa einem Jahr den letzten Tätigkeitsbericht verfasst habe, steckten wir Mitten in den Koalitionsverhandlungen mit SPD und FDP. Hinsichtlich der Politikfelder des Fachbereichs 1 (Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen), dem ich angehöre, galt wie auch insgesamt: Bei bürgerrechtsassoziierten Themen wie z.B. Bürokratieabbau, Bürgergeld, Kindergrundsicherung, Barrierefreiheit haben wir weitreichende Übereinstimmung erzielt. An Grenzen sind wir dort gestoßen, wo es um die Finanzierung kostenträchtiger Projekte ging und wenn damit die aus unserer Sicht nötigen Umverteilungsfragen gestellt werden. Ambivalent fällt auch die Bewertung im Bereich Inklusion aus: Es steckt eine Menge drin im Koalitionsvertrag, um mehr Teilhabe und Selbstbestimmung behinderter Menschen zu erreichen – konsequente Menschenrechtsorientierung,

Verbesserungen bei der Barrierefreiheit, Maßnahmen für einen inklusiveren Arbeitsmarkt und ein inklusiveres Gesundheitswesen sowie einen konsequenteren Gewaltschutz. Doch die Einigkeit endet, wenn es darum geht, Sonderstrukturen in Frage stellen und zu transformieren.

Insgesamt aber ist es uns gelungen viele grüne Herzensprojekte in den Koalitionsvertrag reinzuverhandeln und wir sind mit viel politischem Schwung ins Jahr 2022 gestartet. Doch der brutale, völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns abrupt ausgebremst und vor ungeahnte Herausforderungen gestellt: Fluchtbewegung, rasante Inflation und massiv steigenden Energie- sowie Lebensmittelkosten, während 40 Prozent der Bevölkerung über keinerlei Rücklagen verfügen. Es galt, ad hoc die schwerwiegendsten Folgen abzumildern, damit unsere Gesellschaft nicht auseinanderbricht. Mit großer Kraftanstrengung ist uns das größtenteils auch gelungen: Wir haben unbürokratisch viele Geflüchtete aufgenommen, auch ins Sozialsystem und den Arbeitsmarkt (Ich hoffe sehr, dass andere geflüchtete Menschen künftig ebenso schnell Zugang zu sozialer Sicherung und Jobs erhalten.). Wir haben unter Hochdruck drei Entlastungspakete mit enormem finanziellem Umfang geschnürt. Sie beinhalten u.a. den Wegfall der EEG-Umlage, eine Erhöhung des Kinderzuschlags für Eltern mit kleinen Einkommen, diverse Einmalzahlungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Energiepreispauschale, Heizkostenzuschuss, Kinder-



Benefizkonzert mit dem Romeo-Franz-Ensemble in Trier.

bonus, das 9- bzw. 49-Euro-Ticket, eine Gas- und Strompreisbremse sowie diverse Hilfen für Unternehmen.

Die Schattenseite des enormen Handlungsdrucks war allerdings, dass wir teilweise nach dem Gießkannen-Prinzip vorgehen mussten und auch problematische Umverteilungswirkungen erzeugt haben. Das darf so nicht nochmal passieren; wir müssen künftig gezielter Menschen mit kleineren Einkommen entlasten.



Mit Bernhard Kaster auf der Veranstaltung "Wie umgehen mit Russland?"

Angesichts dessen ist es umso wichtiger, dass wir wichtige sozialpolitisch Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt haben: die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde, die Erhöhung der Erwerbsminderungsrenten, das Wohngeld-Plus-Gesetz, mit dem wir u.a. den Wohngeld-Empfängerkreis auf zwei Millionen Haushalte ausgeweitet haben, und natürlich das Bürgergeld. Um letzteres haben wir hart gerungen, nicht nur gegen die brutale, populistische Schmutzkampagne der Union, sondern auch innerhalb der Koalition. Trotz der Abstriche, zu denen wir letztlich gezwungen waren, ist das Bürgergeld richtig und dringend notwendig. Die Regelsatzerhöhung schafft zumindest den Inflationsausgleich, der Vermittlungsvorhang fällt weg, Qualifizierung und Weiterbildung rücken in den Mittelpunkt. Klar ist aber auch, dass für einen wirklichen Paradigmenwechsel, ein Wegfall der Sanktionen erforderlich gewesen wäre. Deshalb kann diese Reform nur ein Anfang sein.

Jetzt gilt es, auch die anderen wichtigen grünen Projekte – z.B. die Kindergrundsicherung – anzupacken, die im Krisenbewältigungsmodus nach hinten gerutscht sind. Für den behindertenpolitischen Bereich ist das der große Bereich der Barrierefreiheit, wo es vor allem darum geht, die Privatwirtschaft zum Abbau von Barrieren zu verpflichten und ausreichend bezahlbaren barrierefreien Wohnraum zu schaffen. Bereits in Arbeit ist das Gesetzespaket für einen inklusiveren Arbeitsmarkt. Ich werde dafür kämpfen, dass auch die geplante Ausbildungsgarantie inklusiv ausgestaltet wird, damit alle Jugendlichen tatsächlich diskriminierungsfreien Zugang zu einer anerkannten, qualifizierenden Berufsausbildung erhalten. Auch die Evaluation des Bundesteilhabegesetzes steht an. Hier muss der Fokus auf personenzentrierter Begleitung und mehr Selbstbestimmung von behinderten Menschen liegen.

Intensiv eingemischt habe ich mich in die Debatte um eine Triage-Regelung. Bereits Ende 2021 hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass der Gesetzgeber für den Fall einer Triage-Situation unverzüglich wirksame Vorkehrungen zum Schutz behinderter Menschen treffen und ihnen gleichberechtigten Zugang zu lebensrettenden Therapien gewährleisten müsse. Die Auseinandersetzung zum Gesetzentwurf drehte sich in erster Linie um das gewählte Zuteilungskriterium der „aktuellen, kurzfristigen Überlebenswahrscheinlichkeit“ der Patient*innen. Es wirkt immanent diskriminierend, weil es nicht dazu dient, die schwachen Patient*innen zu schützen, sondern im Gegenteil darauf gerichtet ist, die "fittesten" zu retten. Damit stellt das Gesetz aus meiner Sicht einen Eckpfeiler unseres Grundgesetzes – den gleichen Wert jedes Menschenlebens – in Frage und löst die Vorgaben des Verfassungsgerichts nicht ein. Ich habe dem Gesetz deshalb nicht zugestimmt und gehe davon, dass es eine erneute Verfassungsklage geben wird, bei der die aktuelle Regelung hoffentlich kassiert wird.

Ein wichtiges Thema ist für mich weiterhin die Pränataldiagnostik, insbesondere der vorgeburtliche Bluttest auf Trisomien. Dass er seit 1. Juli als Kassenleistung von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen wird, ist ein Dambruch für vorgeburtliche Tests und ein fatales Signal an behinderte Menschen, die mit solchen Tests „vermieden“ werden sollen. Gemeinsam mit anderen Abgeordneten habe ich wieder eine interfraktionelle Gruppe zur Pränataldiagnostik initiiert. Wir wollen rechtliche

Änderungen bewirken, damit pränatale Screenings, die ausschließlich mit einer selektiven Praxis verbunden sind, nicht zu Standarduntersuchungen während der Schwangerschaft werden.

Auch in dieser Wahlperiode gehöre ich wieder mit großer Leidenschaft dem Petitionsausschuss an. Fast immer sind Petitionen präzise Hinweise auf Problemlagen, Gesetzeslücken und gesellschaftliche Debatten und sie können enorme Kraft entwickeln. Im Sommer z.B. haben Petitionsausschuss und Bundestag einstimmig eine Petition unterstützt, die eine Anerkennung der 2014 im Nordirak verübten Massenmorde an Jesid*innen als Genozid fordert, und eine weitere Petition, die die psychologische Folter des Journalisten Julian Assange scharf verurteilt. Um dieses wertvolle Potenzial von Petitionen noch effektiver nutzen zu können, haben wir uns als Ampel-Koalition eine Reform des Petitionsrechts vorgenommen. Der Petitionsausschuss ist der einzige Parlamentsausschuss, an den sich Bürger*innen direkt wenden können. Ein niedrigschwelliges, verbindliches und transparentes Petitionsverfahren, ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Gemeinsam mit den Ampel-Kolleg*innen erarbeiten wir derzeit einen Reformkatalog, der hoffentlich 2023 beschlossen wird.



Besuch im Mutter-Rosa-Altenzentrum, Trier.

Meine Arbeit im Wahlkreis

Die aktuellen gesellschaftspolitischen Krisen, Herausforderungen und Fragen begleiten natürlich auch meine Arbeit im Wahlkreis. So standen die

sozialpolitischen Auswirkungen des Ukraine-Krieges im Mittelpunkt einer Gesprächsrunde mit Regina Bergmann vom Sozialdienst katholischer Frauen, der für die Trierer Tafel zuständig ist. Dabei wurde sehr deutlich, wie sehr sich die seit längerem schon schwierige Situation der Tafeln durch den Krieg zugespitzt hat. Es ist beschämend und darf nicht sein, dass die Tafeln ein politisch verursachtes Armutproblem lösen sollen.

Zum Thema regionale Gesundheitsversorgung hatte ich im Juli meinen Kollegen Armin Grau zu Gast. Beim Besuch im Kreiskrankenhaus Saarbürg haben wir uns über Zukunftschancen der Klinik ausgetauscht und in Trier-Ehrang mit Bürger*innen die künftige medizinische Versorgung vor Ort beraten, da dort das von der Flut beschädigte Krankenhaus nicht wieder in Betrieb genommen werden soll. Um grundsätzliche Herausforderungen für die Region Trier als Wirtschaftsstandort, insbesondere den Fachkräftemangel ging es beim Gespräch mit Vertretern der IHK und HWK Trier. Lösungsansätze können – neben attraktiven Beschäftigungsbedingungen, einem Einwanderungsgesetz und einer Ausbildungsgarantie – auch neue Kooperationen sein. Bei dem Treffen entstand deshalb die Idee zur Podiumsdiskussion „Handwerk bewegt Klima“, die ich im Dezember veranstaltet habe. Mit Fachleuten wie Michael Hauer (Staatssekretär im Umweltministerium RLP) und Matthias Schwalbach (Geschäftsführer der Handwerkskammer Trier) sowie Klimaaktivist*innen und Handwerker*innen haben wir erörtert, welche Synergien es zwischen Handwerk und Klimabewegung gibt und wie Politik das Handwerk unterstützen kann.

Auch der Missbrauchsskandal im Bistum Trier hat mich weiter beschäftigt, u.a. bei der sehr gut besuchten Online-Veranstaltung „Das Schweigen brechen: Trier und die sexuelle Gewalt hinter Kirchenmauern“ mit der Journalistin Christiane Florin (Deutschlandfunk) sowie zwei Betroffenen. Ich werde dieses Thema auch im neuen Jahr im Blick behalten, denn ohne massiven Druck aus Politik und Öffentlichkeit, wird die Kirche die Missbrauchsfälle nicht ehrlich aufklären.

Corinna Rüffer



Kontakt

corinna.rueffer@bundestag.de
corinna.rueffer.wk@bundestag.de
Berlin: 030 22772040
Trier: 0651 991 95290

2022

11





Armins Tätigkeitsbericht

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir alle sind in diesen frühen Zwanzigerjahren mit einer zunehmenden Zahl von Krisen konfrontiert, vorneweg mit Klimakrise und Artenschwund als langfristigen Megathemen unserer Zeit und seit 2020 auch mit der Corona-Pandemie. 2022 ist mit dem völkerrechtswidrigen und grausamen Ukraine-Krieg Putins eine weitere große Krise hinzugekommen, die mit der großen Zahl Geflüchteter, den Auswirkungen auf die Energieversorgung und ihre sozialen Folgen und der Angst vor einer Ausweitung des Kriegs auch tief in unser Land und unser Leben hineinwirkt. In dieser schwierigen Zeit ist es so wichtig und beruhigend, dass wir Grüne in Berlin mit in der Regierung sind! Vor allem ist es ganz entscheidend, dass wir mit Annalena eine wertegeleitete Außenpolitik betreiben und mit Robert die Wirtschaftspolitik bestimmen, in einer Zeit, wo fast wöchentlich neue Gesetze und Verordnungen Antworten auf bisher nie gestellte Fragen geben müssen. Mich als Abgeordneten hat dieses Jahr vor eine Reihe schwieriger Entscheidungen gestellt, etwa beim 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr. Die offene Diskussionskultur in unserer Fraktion hat bei den Entscheidungen sehr geholfen. Mein thematischer Schwerpunkt, das Gesundheitswesen, steht bei vielen Krisen unserer Zeit mit im Fokus und ich freue mich, Euch über meine Arbeit in diesem Jahr hier berichten zu können.
Euer Armin

Gesundheitspolitik

Die Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen sind von Inflation und Energiekrise stark betroffen; steigenden Kosten stehen sinkende Einnahmen bei Fachkräftemangel und coronabedingten Fallzahlrückgängen entgegen, so dass rund 60% der Kliniken 2022 rote Zahlen aufweisen.

Viele Krankenhäuser schreiben mich in ihrer Not an. Drei weitere Gesundheitspolitiker*innen und ich haben im September ein 4-Punkte-Krisenplan vorgestellt: 1. Energiekostenschutzschirm, 2. Inflationsausgleich, 3. Strukturreformen, 4. Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen in den Krankenhäusern. Wir konnten nun erreichen, dass vom dem 200 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds 8 Milliarden Euro für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bereitgestellt werden, um den akuten Problemen entgegenzuwirken und eine



Besuch im Gesundheitskiosk Hamburg

2022

12

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Pleitewelle zu verhindern. Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge und braucht eine sichere Finanzierung und die hart arbeitenden Beschäftigten brauchen eine sichere Perspektive. In Pädiatrie und Geburtshilfe ist die wirtschaftliche Situation besonders angespannt. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, schaffen wir gerade hier Verbesserungen weg vom Fallpauschalensystem. In Kürze erwarten wir die ersten Vorschläge der Regierungskommission zu einer umfassenden Reform des Fallpauschalensystems mit seinen vielen Fehlanreizen, eines



Eröffnung des Wahlkreisbüros, Natalie Cramme-Hill und Armin Grau

meiner wichtigsten politischen Themen. Die starke Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung ist ein weiteres der großen Probleme im deutschen Gesundheitswesen. Meine Mitarbeiter*innen und ich haben dazu ein Eckpunktepapier erarbeitet, das von der AG Gesundheit verabschiedet ist und als Grundlage für unsere politische Arbeit 2023 dient. Mit der tagesstationären Behandlung (die Patient*innen können zu Hause übernachten) geht Minister Lauterbach in diesem Bereich bereits in die richtige Richtung. Aktuell habe ich hier viele Gespräche als Berichterstatter in der Ampelregierung. Die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sind wichtige Einrichtungen für die Versorgung der Patient*innen und für junge Ärzt*innen, die in MVZ Anstellung finden. Das Vordringen von Investoren bei den MVZ stellt in manchen medizinischen Bereichen jedoch ein wachsendes Problem dar; hier müssen wir gegen Renditeorientierung und für das Prinzip Daseinsvorsorge im Gesundheitswesen arbeiten und vor allem für mehr Transparenz sorgen. Gleichzeitig wollen wir es Kommunen erleichtern, MVZ zu gründen. Die Pflege hat in den letzten Jahren stark unter der Rationalisierung in den Krankenhäusern gelitten. In diesen Tagen beschließen wir ein

Gesetz, mit dem wir in Stufen ein Personalbedarfsinstrument einführen, das die Arbeitsbedingungen der Pflege verbessern wird; das freut mich sehr.

Das Gesundheitswesen trägt in Deutschland mit 5-6% zur Klimaerhitzung bei; die Krankenhäuser spielen hier die größte Rolle und sind bei der Wärme- und Kälteerzeugung zu >95% von Gas abhängig. Aktuell ist ein von mir miterarbeitetes Eckpunktepapier in Abstimmung zwischen den Fachbereichen, das Wege aufzeigt zu einer möglichst raschen Klimaneutralität der Gesundheitseinrichtungen. Bei den klimaschädlichen Narkosegasen müssen wir rasch Verbesserungen schaffen.

Einen großen Erfolg haben wir im Gesundheitsbereich mit der Streichung des §219a, dem Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche erzielt. Das macht einen wichtigen Unterschied für viele Frauen in unserem Land. Mehrere ethisch sehr schwierige Themen beschäftigen uns aktuell wie die Regelung zur Triage oder zur Sterbehilfe, Diskussionen an denen ich mich als Arzt aktiv beteilige.

Gesundheitsversorgung in RLP

Bei meiner Sommertour habe ich Krankenhäuser und Dialysepraxen in Bad Neuenahr, Adenau, Daun, Prüm, Zell a.d.M. und Mayen besucht, Veranstaltungen mit dem KV Ahrweiler und dem KV Bitburg-Prüm gemacht, viele Gespräche vor Ort geführt und einen intensiven Eindruck von den Problemen in der stationären und ambulanten Versorgung in der Region bekommen. Mit etlichen KVen, z.B. im Donnersbergkreis oder in Altenkirchen, konnte ich die Probleme der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum diskutieren und mir bei Besuchen u.a. in Saarburg, Trier-Ehrang, Worms und



Besuch in der durch die Flut zerstörten Ehrenwall'schen Klinik

Pirmasens sowie in zahlreichen Pflegeeinrichtungen auch Eindrücke vor Ort verschaffen. In Bad Kreuznach setze ich mich ein für einen Fortbestand des vorbildlichen Projekts „Mobile Reha“ und zusammen mit Josef Winkler arbeite ich daran, das im Koalitionsvertrag verankerte Modellprojekt „Prävention“ umzusetzen. Einladungen von KVEn und LAGen außerhalb Rheinland-Pfalz und Besuche in Versorgungsprojekten wie dem Gesundheitskiosk in Hamburg Billstedt/Horn oder im „Gesunden Kinzigtal“ haben mir vielfältige wichtige Einblicke in interessante Versorgungsprojekte ermöglicht.

Umweltpolitik

Seit Herbst bin ich auch Vollmitglied im Umweltausschuss und hier für die Themen Bergrecht, Chemikalienpolitik sowie Umwelt und Gesundheit zuständig. Besonders freut es mich, dass ich dadurch noch stärker die Möglichkeit habe, mich mit dem Zusammenhang von Umweltzerstörung und Gesundheit zu beschäftigen. Aktuell steht für mich das Thema Fracking im Vordergrund. Angesichts der stark eingeschränkten Gaslieferungen aus Russland fordern ja CDU und auch FDP heimisches Gas



Mahnwache am Tag des Kriegsausbruchs in der Ukraine in Ludwigshafen

mittels Fracking zu fördern. Fracking verbraucht enorme Mengen Wasser, ein heute kostbares Gut, gefährdet das Grundwasser, ist als teure Methode erst nach vielen Jahren wirtschaftlich und steht erst zur Verfügung, wenn wir es gar nicht mehr brauchen würden. Also: In Fracking steigen wir erst gar nicht ein! Seitdem in meiner VG eine Öl-Probebohrung geplant ist, befasse ich mich mit dem Bergrecht. Der Koalitionsvertrag sieht eine Reform vor, für die ich mich im Hintergrund sehr stark gemacht habe. Ich



Unterschriftenaktion zum Folgeticket des 9 Euro Tickets, Maria Jung OV Maxdorf

habe ein Eckpunktepapier dazu erarbeitet, weiß aber, dass mit dem Ukrainekrieg die Umsetzungsmöglichkeiten sehr schwierig geworden sind; ich bleibe da aber dran für mehr Bürger*innenbeteiligung sowie Umwelt- und Klimaschutz im Bergrecht.

Sozialpolitik

Als stellvertretendes Mitglied im Arbeits- und Sozialausschuss ist mir vor allem das Bürgergeld ein wichtiges Anliegen. Hartz IV war nie gut, heute hat es angesichts des Fachkräftemangels ganz ausgedient. Mit dem Bürgergeld schaffen wir den Vermittlungsvorrang ab, arbeitslose Menschen können auch über Jahre hinweg eine Ausbildung machen, ohne die nächste freie Stelle annehmen zu müssen, die Schonvermögen werden erhöht, Zuverdienstmöglichkeiten verbessert. Leider konnten wir gegen die CDU die ursprüngliche Karenzzeit und die Vertrauenszeit mit deutlich reduzierten Sanktionen nicht durchsetzen. Aber der Kern der Reform bleibt! In Zeiten multipler Krisen ist es besonders wichtig, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Ärmere sind von der Klimakrise sowie von Inflation und Energiepreissteigerungen besonders stark betroffen, daher ist es jetzt besonders wichtig für sozialen Ausgleich zu sorgen.

Armin Grau



Kontakt

armin.grau@bundestag.de
armin.grau.wk@bundestag.de
Berlin: 030 22771282
Limburgerhof: 06236 5005123



Misbahs Tätigkeitsbericht

Liebe Freund:innen,

die multiplen Krisen, in denen wir uns seit Beginn der Koalition befinden, haben das gesamte parlamentarische Jahr geprägt. Das hat auch Auswirkungen auf die Innen- und Digitalpolitik. Der grausame Krieg gegen die Ukraine ist durch die Flüchtenden und Russlands Cyber-Angriffe auch für uns sichtbar. Die Corona-Krise offenbart den enormen Arbeitskräftemangel unserer Wirtschaft und die Klima- und Energiekrise machen einen gut ausgestatteten Bevölkerungs- und Katastrophenschutz dringender als je zuvor. Die Herausforderungen und Probleme sind groß, doch umso wichtiger ist es, dass wir als GRÜNE Bundestagsfraktion unter Hochdruck arbeiten und Versäumtes anpacken. Dabei treibt mich das Ziel einer sozial gerechten, vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft an.

Mit der Innen- und Digitalpolitik stehen wir GRÜNEN in meinen Fachbereichen vor einer besonderen Aufgabe. Dadurch, dass sowohl das Innenministerium als auch das Verkehrs- und Digitalministerium nicht in GRÜNER Hand liegen, ist es wichtig als selbstbewusste Parlamentarier:innen aufzutreten und eng mit der Bundesregierung und den Ministerien zusammen zu arbeiten, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen und die Zukunftsherausforderungen mit Nachdruck anzugehen. Dabei konnten wir bereits einige politische Erfolge erzielen.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Die Leipziger Autoritarismus-Studie und die Mitte-Studien bestätigen uns alle paar Jahre: Rassismus braucht keine Nazis; die Mitte beherrscht ihn auch. Viel zu lange wurde in der Innenpolitik nur an die weiße Mehrheitsgesellschaft gedacht. Seit dem wir Teil der Regierung sind, gehen wir einen anderen Weg.



Misbah bei einer Fotoaktion gegen rechte Gewalt

Im Koalitionsvertrag konnten wir zahlreiche Projekte verankern: So sind die Aufklärung rechtsextremer Anschläge zentral, um sicherheitspolitische Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Die vereinbarten waffenrechtliche Änderungen sind dringend notwendig, genauso wie ein konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremist:innen im Staatsdienst. Mit

dem „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern den Kampf gegen Rechtsextremismus zur obersten Priorität gemacht. Viele Projekte, die wir in diesem Bereich bereits angegangen sind, tragen eine GRÜNE Handschrift.

In den Haushaltsverhandlungen habe ich mich dafür stark gemacht, dass die politische Bildungs- und die Präventionsarbeit gestärkt werden. So stehen alleine der Bundeszentrale für politische Bildung im kommenden Jahr 8,4 Mio. € mehr für die Arbeit gegen Rechtsextremismus zur Verfügung. Mit 1,5 Mio. € werden wir ein Präventionsprogramm gegen Rechtsextremismus im Sport konzipieren. Auch die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie zu Beispiel die Organisation Hate Aid, die Opfern von Hass im Netz unter anderem vor Gericht hilft, können sich auf unsere finanzielle Unterstützung verlassen.

Auch elf Jahre nach seiner Selbstenntarnung ist die Aufarbeitung des NSU-Terrors eine offene Wunde. Der Staat muss sich endlich seinen Verfehlungen stellen; Akten mit NSU Bezug müssen überall erhalten und zugänglich werden. Deshalb haben wir uns darauf verständigt ein NSU-Dokumentationszentrum und ein Archiv zu Rechtsterrorismus einzurichten. Derzeit erstellt die Bundeszentrale für politische Bildung ein Gutachten zur Konzeptualisierung. Dank unserer Arbeit werden im kommenden Jahr auch die Betroffenen und Hinterbliebenen mit eingebunden.

Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik

Technologische Entscheidungen sind nie unpolitisch und haben direkte Konsequenzen - gerade für Menschen aus marginalisierten Gruppen. Daher ist Digitalpolitik auch immer Gesellschaftspolitik. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, Digitalpolitik gerechter, barrierefreier und gemeinwohlorientierter zu

gestalten. Als Berichterstatterin für intersektionale und feministische Digitalpolitik ist es mein Ziel, Menschen aus marginalisierten Gruppen, die häufig bei Tech-Entscheidungen übersehen werden, zu empowern, selbst Lösungen, Ideen und Visionen einzubringen. Wie wichtig ein gesellschaftspolitischer Ansatz ist, wird auch in der Debatte zur Twitter-Übernahme von Elon Musk deutlich. Nur mit einer vernünftigen Plattformregulierung werden wir es schaffen, Hass und Hetze auf den sozialen Plattformen einzudämmen.

Auch im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung kommt es langsam aber sicher zu einem Umdenken. Wir müssen weg von einem Staat, in dem sich die Bürger:innen selbst um jede Verwaltungsleistung kümmern müssen, hin zu einem digitalen Staat, der proaktiv auf uns Bürger:innen zugeht. Jahrelange Versäumnisse müssen wir schnellstmöglich aufholen. Doch klar ist: Vertrauen entsteht nur, wenn man digitalen Anwendungen vollumfänglich vertrauen kann. Der Schutz sensibler Daten, eine verfassungskonforme Umsetzung und eine enge Zusammenarbeit mit der digitalen Zivilgesellschaft stehen daher im Mittelpunkt meiner Digitalpolitik.

Mit einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Digitale Identitäten“ konnte ich erreichen, dass das Bundesinnenministerium bei den digitalen Identitäten auf den sicheren und erprobten neuen Personalausweis (nPA) setzt, statt weiterhin mit einer Blockchainhysterie Steuergelder zu verschwenden. Auch durch einen engen Austausch mit dem Wirtschaftsministerium konnte ich geplante Schaufensterprojekte verhindern. So konnte ich erreichen, dass die Meinung der unzähligen Expert:innen endlich Gehör findet und die Projekte verfolgt werden, die vielversprechend und sicher sind. Die großen Baustellen des Onlinezugangsgesetzes und der Registermodernisierung liegen noch vor uns, darauf freue ich mich im nächsten Jahr ganz besonders.

Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik

Wir GRÜNE setzen uns bereits seit Jahren dafür ein, unser Bekenntnis als modernes Einwanderungsland endlich in Gesetzestexte zu gießen, die diesem Selbstverständnis entsprechen. In einer Zeit, in der in so gut wie allen Branchen und Berufen Personal fehlt und wir dringend auf Zuwanderung angewiesen sind, ist dieses Vorhaben wichtig wie nie. Bereits



2018 hat die damalige Grüne Bundestagsfraktion einen Entwurf für ein Grünes Einwanderungsgesetz vorgelegt. In der Ampel-Koalition sind wir nun dabei, einen gemeinsamen Weg mit allen Koalitionspartnern zu finden. Die im November vorgelegten Eckpunkte sind hierbei der erste Schritt auf dem Weg zu einem liberalen Einwanderungsgesetz. Ich konnte mich über unsere GRÜN-geführten Bundesministerien bereits an vielen Stellen der Eckpunkte für Formulierungen einsetzen, die Migration positiv gestalten, die Rechte von Migrant:innen achten und auf proaktive Angebote fürs Ankommen und Leben in Deutschland setzen. Dass Einwanderungsverfahren familienfreundlicher gestaltet werden sollen, ist beispielsweise ein wichtiger GRÜNER Erfolg. Darüber hinaus setze ich mich besonders für Beratungsstrukturen im In- und Ausland sowie für die Entbürokratisierung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse ein. Aber auch die erfolgreiche Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung ist eine wichtige Stellschraube, um uns endlich als Einwanderungsland zu präsentieren.



Arbeitsgruppe Innenpolitik der Bundestagsfraktion

Dass wir unsere parlamentarische Verantwortung ernst nehmen, konnten wir auch in den Haushaltsverhandlungen unter Beweis stellen. Im Verlauf der Verhandlungen gelang es uns, drohende zweistellige Mittelkürzungen für die Migrationsberatung abzuwenden. Durch unseren GRÜNEN Einsatz wurden die entsprechenden Mittel auf 81,5 Mio. € aufgestockt. Angesichts der gestiegenen Bedarfe ein toller Erfolg. Darüber hinaus setzen wir mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht eines der zentralen flüchtlingspolitischen Vorhaben um. Mehr als 137.000 Menschen werden vom kommenden Jahr an aus dem System der entwürdigenden Kettenduldungen geholt und bekommen endlich eine Perspektive.

Rheinland-Pfalz im Blick

Unsere rheinland-pfälzische, GRÜNE Erfolgsgeschichte möchte ich durch meine Arbeit in Berlin unterstützen und stärken. Entscheidungen, die hier im Bund getroffen werden, haben häufig einen direkten Einfluss auf die Landes- und Kommunalpolitik. Durch einen engen Austausch mit euch allen, möchte ich unsere bundepolitischen Entscheidungen nach Rheinland-Pfalz tragen und eure Anliegen mit nach Berlin nehmen. So konnte ich beispielsweise die Herausforderungen des Wiederaufbaus im Ahrtal meinen Bundestagskolleg:innen mit gemeinsamen Besuchen vermitteln. Dass die Antragsfristen jetzt bis Juni 2026 verlängert wurden, ist eine Entlastung für alle Betroffenen und ein großer Erfolg für alle, die sich hierfür gemeinsam eingesetzt haben. Mein Team und ich stehen euch gerne jederzeit für eure Anliegen und Fragen zur Verfügung. Gemeinsam mit unserem Newsletter informieren Tobias und ich jeden Monat über unsere Arbeit in Berlin und in Rheinland-Pfalz. Das neue Jahr beginnt direkt mit einem spannenden GRÜNEN Wahlkampf. Ihr könnt euch auch meine Unterstützung verlassen!



Mein Berliner Team in der Landesvertretung RLP

Misbah Khan



Kontakt

misbah.khan@bundestag.de
misbah.khan.wk@bundestag.de

Berlin: 030 22772963

Bad Dürkheim: 0178 9621872

2022

17



Zuständigkeitsbereiche

